

KOMMISSION FÜR WACHSTUM, STRUKTURWANDEL UND BESCHÄFTIGUNG LEGT ABSCHLUSSBERICHT VOR

Die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ hat Ihren Abschlussbericht mit Maßnahmen zur sozialen und strukturpolitischen Entwicklung der Braunkohleregionen in Deutschland sowie zu ihrer finanziellen Absicherung vorgelegt. Die Arbeit und Verhandlungen in der im Juni von der Bundesregierung eingesetzten Kommission waren von Beginn an von den gegensätzlichen Vorstellungen ihrer Mitglieder geprägt. Unter den 28 Mitgliedern befanden sich Vertreter aus Politik, Gewerkschaften, Gesellschaft und Umweltverbänden und damit sowohl Befürworter eines schnellen radikalen Kohleausstiegs, wie auch Vertreter der Zivilgesellschaft, die die Zukunft der Menschen in den betroffenen Tagebauregionen und die langfristige Versorgungssicherheit Deutschlands mit Energie im Blick hatten.

Gemäß dem Einsetzungsbeschluss werden im Abschlussbericht Empfehlungen an die Bundesregierung zum Kohleausstiegspfad und zur Unterstützung der Strukturentwicklung in den Kohleregionen gegeben. Bezüglich des Kohleausstiegs hat man sich nahezu einstimmig auf folgende Eckpunkte verständigt:

Zeitraum: 2018–2022:

➔ Stilllegung von 5000 MW Braunkohle- und 7700 MW Steinkohlekraftwerke (bez. auf 2017 und incl. Sicherheitsbereitschaft). Im Bericht ist nicht festgelegt welche Reviere davon betroffen sein sollen. Derzeit wird jedoch davon ausgegangen, dass es in diesem Zeitraum nicht zur Stilllegung von weiteren Lausitzer Braunkohleblöcken kommt.

Zeitraum: 2023–2030

➔ Stilllegung weiter 5900 MW Braunkohle- und 7000 MW Steinkohlekraftwerke mit dem Ziel, am Ende der Periode noch 9000 MW Braunkohle- und 8000 MW Steinkohlekraftwerke am Netz zu haben. Die Stilllegungen sollen möglichst stetig erfolgen und ggf. durch ein zusätzliches Innovationsprojekt unterstützt werden.
➔ Zur Einordnung ist hervorzuheben, dass die Bundesrepublik in Spitzenzeiten rund

80.000 MW elektrische Leistung benötigt. Rund 20 % oder 17.000 MW des Bedarfs werden dann zukünftig noch mit Kohle gedeckt. Da große Speicher bisher nicht absehbar sind, wird man rd. 80 % der Leistung mit Gaskraftwerken decken müssen. Ob die Gaskraftwerke und die Gasmengen zur Verfügung stehen werden, ist bisher genauso wenig absehbar, wie die damit verbundenen zusätzlichen Kosten.

Als Abschlussdatum wurde das Jahr 2038 festgelegt. Diese Maßnahmen sollen vorzugsweise im Einvernehmen mit den Betreibern umgesetzt werden. Es sind zudem verschiedenste Prüfzeitpunkte und Revisionsklauseln vorgesehen.

Dem durch den Kohleausstieg vorgezeichneten Rückgang von Wertschöpfung und Beschäftigung soll durch vielfältige Maßnahmen entgegengewirkt werden. Diese reichen von beschäftigungspolitischen Maßnahmen für die BK-Beschäftigten, Infrastrukturmaßnahmen, Weiterentwicklung von spezifischen Clustern wie Energie, Mobilität, Bioökonomie und Gesundheit bis auf die Ebene von Projektlisten der vier Bundesländer. Es sind zudem Gelder vorgesehen, um die Auswirkungen auf die Strompreise abzufedern.

Wie zu erwarten, fällt die Bewertung der Ergebnisse sehr unterschiedlich aus. Fragen zur Versorgungssicherheit, Strompreisentwicklung und der (schnellen) Wirkung der strukturpolitischen Maßnahmen bleiben unbeantwortet. Wie soll nach der Abschaltung der Kernenergie und einem Ausstieg aus der Kohleverstromung die Energieversorgung – nicht nur für die Haushalte, sondern für die große, wertschöpfende Industrie in Deutschland, aber auch insbesondere für die vorhandene energieintensive Industrie in der Lausitz, verlässlich und wettbewerbsfähig erfolgen? Die Interessen der Unternehmen, die direkt oder indirekt von der Braunkohle abhängig sind, haben bei der Diskussion kaum eine Rolle gespielt. Statt

EDITORIAL



Kommissionsbericht und wie weiter?

Im August vergangenen Jahres haben wir, wie viele andere auch, unsere Erwartungshaltung an die Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung (kurz KWWSB) in einem Positionspapier deutlich zum Ausdruck gebracht. Seit dem 26. Januar liegt der Bericht nun vor. Auch wenn das Ergebnis nicht vollständig unseren Vorstellungen entspricht, gilt es doch folgendes festzuhalten: Die Lausitz hat es geschafft, sich Gehör zu verschaffen. Auf der Straße, z. B. beim Ortstermin der Kommission in Weißwasser und Großräschen, auf dem politischen Parkett in Berlin und in den Medien. Das Resultat kann sich sehen lassen. Unsere Forderung, die besondere wirtschaftliche Situation der Lausitz, in der die Braunkohle das wirtschaftliche Rückgrat darstellt, anzuerkennen, wurde berücksichtigt. Mit den Revisionsklauseln in den Jahren 2023, 2026 und 2029 ist man unserer Vorstellung einer schrittweisen und überprüfbaren Herangehensweise entgegengekommen. Versorgungssicherheit, wirtschaftsfreundliche Strompreise, Planungssicherheit und vereinfachte/beschleunigte Planverfahren waren gleichfalls Anliegen der WiL, die Eingang in den Bericht gefunden haben. Doch wie nun weiter? Jetzt ist der Bund gefordert, diese Vorschläge schnell in Gesetze zu gießen. Wir haben keine Zeit zu verlieren. Jetzt ist die Lausitz auf dem Radarschirm, in Dresden, Potsdam, Berlin und Brüssel. Die vergangenen 10 Monate haben gezeigt, dass die Region in der Lage ist, ihre Stimme zu erheben, um sich gemeinsam für eine lebenswerte Zukunft in unserer Heimat einzusetzen. Dieses Momentum gilt es zu nutzen.

Dr.-Ing. E.h. Michael von Bronk,
Vorsitzender der Wirtschaftsinitiative Lausitz e.V. und Mitglied des Vorstandes der LEAG

konkrete und realistische Vorschläge für Maßnahmen zum Erhalt der Arbeitsplätze und zur Förderung der Lausitzer Wirtschaft zu machen, nutzen manche Kommissionsmitglieder die Kommission vor allem für eine dogmatische Diskussion über ein Enddatum für den Kohleausstieg.

Der Erhalt bzw. die Schaffung von industriellen Arbeitsplätzen bleibt so eine zentrale Forderung der Region zur Umsetzung der Vorschläge in den kommenden Monaten und Jahren.

Gerade die mittelständischen Unternehmen in der Lausitz und in Mitteldeutschland, die im Bergbau- und Kraftwerksservice tätig sind, werden einen wesentlichen Teil der Last tragen müssen. Es wird deshalb darauf ankommen, dass die WiL gemeinsam mit den Kammern und den Unternehmensverbänden darauf dringen muss, dass auch für diese Unternehmen Angebote unterbreitet und Lösungen gesucht werden.

WiL, WR.LAUSITZ UND WFBB STARTEN MINT-INITIATIVE IN DER LAUSITZ

MINT. Das bedeutet Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik und bezeichnet die Konzentration auf diese Fächer, die besonders wichtig sind, wenn es darum geht, künftige Fachkräfte auszubilden. Gemeinsam mit weiteren Netzwerkpartnern der Lausitz engagieren sich die WR.Lausitz (Wirtschaftsregion Lausitz GmbH), die WFBB (Wirtschaftsförderung Brandenburg) und die WiL (Wirtschaftsinitiative Lausitz) seit dem vergangenen Jahr in der Initiative „Lausitz – Starke MINT-Region“ zur Verbesserung der MINT-Eignung bzw. MINT-Ausbildung von Kindern und Jugendlichen in unserer Region.

Als erstes gemeinsames Projekt der Initiative geht demnächst ein Internetportal unter www.mint-lausitz.de online, welches die schulischen und außerschulischen MINT-Angebote der verschiedenen Institutionen und Einrichtungen der Lausitz auflistet und übersichtlich abbildet. Ziel des Portals ist es, vor allem den Lehrern der Region ein nützliches Werkzeug an die Hand zu geben, um die zahlreichen und vielseitigen MINT-Angebote der Lausitz passgenau in den Unterricht zu integrieren, aber auch den Kindern und deren Eltern eine Orientierungshilfe für außerschulische Aktivitäten in diesem Bereich zu bieten.

SUCHE NACH DEM BESTEN SCHÜLERFIRMENKONZEPT GEHT IN DIE HEISSE PHASE

Die von der Wirtschaftsinitiative Lausitz, der Handwerkskammer Cottbus, der Industrie- und Handelskammer Cottbus und Dresden, der Innovationsregion Lausitz GmbH, dem Gründungszentrum Zukunft Lausitz und weiteren Projektpartnern im letzten Jahr begonnene Suche nach dem besten Schülerfirmenkonzept der Lausitz geht in die heiße Phase. Noch bis zum 31.05. können sich Schulen der Region um die mit 2.500 € dotierten Preise bewerben. Ausgezeichnet werden die beiden besten Konzepte. In dem Wettbewerb, der sowohl im Unterricht integriert ist, als auch von den Schülern in der Freizeit durchgeführt werden kann, sollen Schüler eine Geschäftsidee konzeptionell

entwickeln, wobei schulpädagogische und betriebswirtschaftliche Themen miteinander verbunden werden.

Die Beiträge können im Wettbewerbsbüro per Post oder unter s.buettner@wil-ev.de eingereicht werden.



FÜNF INNOVATIVE PROJEKTE FÜR DEN LAUSITZER WISSENSCHAFTSTRANSFERPREIS LWTP NOMINIERT

Am 15.04. zeichnet die WiL im Rahmen einer Festveranstaltung bereits zum siebenten Mal Projekte mit dem LWTP aus. Die nominierten Projekte in diesem Jahr sind:

„Antriebssysteme und Energiewandler der Zukunft“

Projekt der Prof. Dr. Berg & Kießling GmbH (B+K), der Euro-K GmbH (Euro-K) und der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus – Senftenberg (BTU)

Im Rahmen des Projektes wurden Spitzentechnologien (u.a. spezielle Gasturbinen) produziert und vermarktet, eine Vielzahl von neuen Entwicklungs-, Ingenieurs- und Produktionsarbeitsplätzen aufgebaut und weitere wissenschaftliche, wirtschaftliche und strukturelle Voraussetzungen für zukünftige Projekte geschaffen.

„Automatisierter Lösungsansatz für die Planung von komplexen Landnutzungssystemen (Agroforst) im Ackerbau“

Projekt der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus – Senftenberg (BTU), des IT-Dienstleisters Matthias Tylkowski und des Landwirtschaftsbetriebs Domin

Bei dem Projekt wurde eine interaktive Web-Anwendung entwickelt. Mit ihr kann die Planung von komplizierten Landnutzungssystemen im Ackerbau automatisiert erfolgen.

„Entwicklung eines neuartigen adaptiven Faserverbund-Rotorblattes unter Ausnutzung anisotroper Koppelf-

effekte zur Erhöhung der Leistungsausbeute sowie eines zugehörigen hocheffizienten Fertigungsprozesses für (kleine) Windenergieanlagen“

Projekt der EAB Gebäudetechnik Luckau GmbH und der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg (BTU)

Das Ziel des Projektes bestand in der Entwicklung von neuartigen Rotorblättern von Windenergieanlagen, zur Steigerung deren Leistung. Dies konnte unter anderem durch die Verbesserung der Form der Rotorblätter erreicht werden.

„Digitale Dampfturbinenschaukel“

Projekt der Siemens AG und der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg (BTU)

Im Zentrum des Projektes stand die Entwicklung eines neuartigen Digitalisierungsverfahrens, um die technische Kontrolle von Turbinenschaukeln zu verbessern und die damit verbundenen Kosten zu senken.

„Vom Draht zum individuellen Bauteil“

Projekt der Kjellberg Finsterwalde Schweißtechnik und Verschleißschutzsysteme GmbH und der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus – Senftenberg (BTU)

Im Rahmen des Projektes wurde eine benutzerfreundliche robotergeführte Fertigung im Metall 3D Druckverfahren zur Herstellung von individuellen Bauteilen entwickelt. Auf diese Weise kann die Produktion eines Bauteils in geringen Stückzahlen kostengünstig umgesetzt werden.

HEIMISCHE ERDÖL- UND ERDGASVORKOMMEN KÖNNEN DIE REGIONALE ZUKUNFTS-PERSPEKTIVE VERBESSERN



Luftaufnahme des Bohrplatzes Guhlen mit Bohranlage; diese Anlage steht nur wenige Wochen während der Bohrtätigkeiten und wird anschließend wieder abgebaut.

Die CEP Central European Petroleum GmbH verfolgt das Ziel, die in Brandenburg nachgewiesenen Erdöl- und Erdgasvorkommen zu erschließen. Die Förderung dieser wertvollen Rohstoffe kann dazu beitragen, den Strukturwandel in der Lausitz mitzugestalten, schreibt Stephan Grafen, Leiter Unternehmenskommunikation und Umfeldmanagement der CEP.

Derzeit untersucht CEP in der Lausitz die Förderbarkeit des nachgewiesenen Erdöl- und Erdgasvorkommens. Zur Jahreswende 2018/2019 wurde dazu die Erweiterungsbohrung Guhlen 1b vom bestehenden Bohrplatz bei Guhlen erfolgreich niedergebracht. Im Frühjahr soll die Bohrung – vorbehaltlich der Genehmigung durch das zuständige Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe Brandenburg (LBGR) – in einem Kurzzeitstudium genauer untersucht werden. Damit wollen die Ingenieure der CEP detailliert herausfin-



Stephan Grafen ist seit Januar 2019 neuer Leiter Unternehmenskommunikation und Umfeldmanagement der CEP.

den, wie die Lagerstätte beschaffen ist und ob die 2 Kohlenwasserstoffe wirtschaftlich gefördert werden können. Nach Auswertung der Testergebnisse soll später eine zweite Erweiterungsbohrung (Guhlen 2) vom selben Bohrplatz niedergebracht werden, um weitere Bereiche der Lagerstätte zu untersuchen: „Abhängig von den Ergebnissen der geplanten Tests und weiteren Bohrung in Guhlen werden wir dann darüber entscheiden, ob wir das mehrjährige Planrechtsverfahren für die Felderschließung und Förderung der Vorkommen beginnen werden“, erläutert Stephan Grafen den weiteren Verfahrensweg. Der erste Schritt im gesetzlich vorgeschriebenen Planrechtsverfahren ist ein Raumordnungsverfahren. In diesem Verfahren wird geprüft, ob das geplante Vorhaben nach den Vorgaben aus den Landesentwicklungs- und Regionalplänen „raumverträglich“, also grundsätzlich möglich ist. In einem zweiten Schritt wird im Rahmen eines wesentlich detaillierteren Planfeststellungsverfahrens das Vorhaben im Detail und unter breiter Beteiligung aller vom Vorhaben berührten Träger öffentlicher Belange wie Fachbehörden, Gemeinden und zugelassenen Umweltverbänden geprüft und – so hoffen wir natürlich – auch genehmigt werden.

„Das gesetzliche Verfahren ergänzen und begleiten wir mit einer sogenannten „Frühen Öffentlichkeitsbeteiligung“: So werden wir sicherstellen, dass ergänzend zum streng normierten Genehmigungsverfahren möglichst viele lokale und regionale Besonderheiten frühzeitig erkannt und die relevanten Ergänzungen umfassend in den Planungs- und Genehmigungsprozess einfließen können.“



CEP freute sich über viele Besucher aus der Region zu den Tagen des offenen Bohrplatzes bei Guhlen im Dezember 2018.

Unter der Annahme, dass das Projekt der CEP sowohl wirtschaftlich wie auch genehmigungsrechtlich realisiert werden kann, ergeben sich verschiedene wirtschaftliche Aspekte, die in der Diskussion über das Für und Wider des Vorhabens betrachtet werden sollten: Die sogenannte Feldes- und Förderabgabe, die CEP im Fall einer Produktion an das Land Brandenburg zu entrichten hätte, kommt über den Landeshaushalt jedem Brandenburger Bürger zugute. Zudem wird sich CEP dafür einsetzen, dass Teile der Abgaben in die Region zurückfließen, damit die Gemeinden und Anrainer auch direkt von dem Vorhaben profitieren.

Darüber hinaus will CEP eine nennenswerte Zahl hoch qualifizierter und gut bezahlter Arbeitsplätze anbieten und durch Aufträge vornehmlich an geeignete lokale und regionale Unternehmen, Dienstleister und Gewerbetreibende auch zu einer relevanten regionalen Wertschöpfung beitragen – dies sind unmittelbar vor Ort spürbare Effekte für die Wirtschafts- und Kaufkraft in der Region.

„Die Lausitz steht, wie alle anderen Reviere in Deutschland auch, vor absehbaren und fundamentalen Strukturänderungen. Wir wollen unser Projekt auch als einen Beitrag unter vielen verstanden wissen, gerade qualifizierten Facharbeitern und Angestellten eine langfristige berufliche Perspektive zu bieten und damit die Attraktivität der Region insbesondere für Familien weiter zu erhöhen“, so Stephan Grafen.

PROJEKT TUWAS! STARTET IN DER LAUSITZ

In dem Projekt an Lausitzer Grundschulen werden moderne Experimentiereinheiten mit gezielten Lehrerfortbildungen verbunden und so erhalten die Schülerinnen und Schüler schon früh die Möglichkeit, im Unterricht unbekannte Stoffe mittels chemischer Tests zu analysieren, elektrische Schaltkreise zu bauen oder Fahrzeuge zu planen und zu konstruieren. Ziel ist es, schon Grundschüler für die MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) zu begeistern.

Initiiert und gefördert wird das Projekt von der WiL, der HWK Cottbus, der IHK Cottbus, der WFBB (Wirtschaftsförderung Brandenburg), dem KUVBB (Kunststoffverbund Brandenburg) und weiteren Partnern. Die WiL bringt im kommenden Schuljahr das Projekt „Technik und Naturwissenschaften an Schulen“ an die ersten Lausitzer Grundschulen. Das Kooperationsprojekt der Brandenburger Landesregierung mit der Freien Universität Berlin bringt Schulen, Schulbehörden und

Unternehmen mit dem Ziel an einen Tisch, Grundschüler schon frühzeitig für die sogenannten MINT-Fächer zu begeistern.

Während das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport das Programm dabei mit Personal- und Sachmitteln unterstützt, ermöglicht die finanzielle Unterstützung von Unternehmen, Kammern, Verbänden und weiteren Partnern den Ankauf der Experimentiereinheiten für die Grundschulen. Im ersten Schulhalbjahr 2019/2020 startet TuWAS! an den ersten fünf Schulen in der Lausitz. Für das darauffolgende Schuljahr ist eine Ausweitung auf weiteren Schulen und auf die sächsische Lausitz vorgesehen.

Gesucht werden Unterstützer und Nutzer dieser neuen Möglichkeit, das Interesse für Naturwissenschaften schon früh zu wecken. „Wenn Sie das Projekt zur MINT-Orientierung in der Lausitz unterstützen oder auch an eine Grundschule in Ihrer Gemeinde bringen möchten, dann senden sie uns einfach ihren Vorschlag per Mail“, so Michael Schulz, Geschäftsführer der Wirtschaftsinitiative Lausitz.



Foto: Wil



IN EIGENER SACHE

Die WiL hat die Besetzung der Geschäftsstelle in diesem Frühjahr neu aufgestellt. Das Team wird durch Frau Jessica Peisker und Herrn Sebastian Büttner verstärkt. Die gebürtige Cottbusserin und gelernte Kauffrau für Bürokommunikation Frau Peisker ist als Assistentin der Geschäftsführer u.a. für die Büroorganisation und -kommunikation verantwortlich. Herr Büttner, geboren in Forst und studierter Dipl. Ing., koordiniert die Projekte LEX und LWTP und unterstützt die Geschäftsführung u.a. bei Projekten der Nachwuchs- und Fachkräftesicherung.

Jessica Peisker

Sebastian Büttner



IMPRESSUM

Herausgeber:

Wirtschaftsinitiative Lausitz e.V.
Büro Brandenburg:
Altmarkt 17, 03046 Cottbus
Telefon: (03 55) 28 91 30 90
Telefax: (03 55) 28 91 30 99
Büro Sachsen:
Straße des Friedens 13–19
02943 Weißwasser
Telefon: (0 35 71) 459 84 28
Telefax: (0 35 71) 459 84 29
E-Mail: info@wil-ev.de
Internet: www.wil-ev.de

Verantwortlich: Michael Schulz

Redaktion: Jana Wieduwilt

Fotos: WiL, CEP

Satz, Layout und Druck:
Druckzone GmbH & Co. KG

WiL

WIRTSCHAFTS
INITIATIVE LAUSITZ